

## ISLAM-DEBATTE

## Zum Feindbild aufgebaut

Von Peter Berger, Andreas Damm, Helmut Frangenberg und Detlef Schmalenberg, 30.11.09, 21:04h, aktualisiert 30.11.09, 22:54h

**In Köln ist der Streit um eine Großmoschee nur noch historisch - seit dem Baubeginn an der Inneren Kanalstraße vor drei Wochen. Doch die diffusen Ängste vor einer „Islamisierung“ sind damit nicht ausgeräumt.**



Am 7. November 2009 erfolgte der erste Spatenstich für die Ehrenfelder DITIB-Moschee. (Bild: Architekturbüro Böhm)

Zur Schweiz schweigt er, aber zu Minaretten fällt ihm vieles ein. „Die Frage, ob zu einer Moschee Minarette gehören oder gar wie hoch die sein sollen, hat für mich nie eine Rolle gespielt.“ Johannes Maubach weiß, wovon er spricht. Der Vorsitzende der Bürgervereinigung im Kölner Stadtteil Ehrenfeld hat die jahrelange, teils erbittert und heftig geführte Diskussion um den Neubau einer repräsentativen Moschee in dem Kölner Stadtteil hautnah miterlebt. Mittlerweile ist der Grundstein gelegt, der Baukran dreht sich, und in einem Baucontainer an der Venloer Straße werden sich die Kölner in Kürze über das Vorhaben und dessen Fortschritt informieren können.

Warum die Schweizer sich mehrheitlich für ein Minarett-Verbot ausgesprochen, dazu will sich Maubach, der dem Kölner Moschee-Beirat angehört, nicht äußern: „Dazu kenne ich das Land zu wenig.“ Aber zu den diffusen Ängsten in Teilen der Bevölkerung, die mit Stichworten wie „Überfremdung“ und „schleichender Islamisierung“ umschrieben sind, dazu kann er jede Menge sagen. Die Türkisch-Islamische Union (Ditib) „hat das Recht, auf ihrem Grundstück ein neues Haus zu bauen.“ Die Ditib hätte aber viel früher und detailliert informieren müssen, „was sie eigentlich vorhat“. Dass in Ehrenfeld ein „Kulturzentrum mit Moschee“ und keineswegs „eine Großmoschee“ entstehen wird, hätte sie viel früher klar machen müssen.

### Roters vs. Bosbach

Der Schweizer Volksentscheid hat eine ständig schwelende Debatte neu entfacht - über Religionsfreiheit, Integration, Islamfeindlichkeit. Das Abstimmungsergebnis hat viele bestürzt. Doch längst nicht jeder äußert sich entrüstet. So fordert der Bergisch Gladbacher CDU-Politiker Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags, das Votum der Schweizer ernst zu nehmen. „Denn darin kommt eine Sorge zum Ausdruck, die es auch bei uns in Deutschland gibt“, sagte Bosbach. „Zuerst verändern sich Straßenzüge, dann verändern sich ganze Stadtviertel in ihrem Bild, dann gibt es Lehrerinnen, die durch alle Instanzen klagen, um vor der Klasse ihr Kopftuch anbehalten zu können, und dann fragen sich viele: Wo sind wir hier?“. Eine Debatte darüber sei notwendig, wenn man rechtsradikalen Parteien keine neue Wähler zutreiben wolle.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen (Laga) NRW bezeichnete das Referendum dagegen als „Schlag in das Gesicht der Religionsfreiheit“. Das Ergebnis könne politische Beobachter aber nicht

verwundern, so der Laga-Vorsitzender Tayfun Keltek. Seit Jahren werde der Islam auch von demokratischen Politikern „gerne für populistische Zwecke missbraucht“, wenn dies opportun erscheine. Die Kritik richtet sich namentlich an Bosbach. Dieser schüre Ängste, indem er behauptete, große Moscheebauten dienten einem islamischen Machtanspruch.

Auch der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) widerspricht Bosbach. Aufgrund der Zuwanderung lebten in Köln viele Menschen, die sich zum Islam bekennen, sagt er. „Die Moschee gibt diesen Menschen die Möglichkeit, an einem repräsentativen Ort ihrem Glauben nachzugehen und kommt einem Bedürfnis dieser Bevölkerungsgruppe nach. Sie ist ein Zeichen für die Integration und Öffnung.“

Roters Amtsvorgänger Fritz Schramma (CDU), der sich mit Eifer und Ausdauer für den Bau der Moschee eingesetzt hat, äußert sich „entsetzt“ über den Volksentscheid. Der Aufruf sei von seiner Machart her empörend gewesen. „Eine sehr einseitige Panikmache; mit diesen dunkelroten und schwarzen Farben erinnert das an demoagogische Propaganda, wie es sie in den 30er Jahren in Deutschland gegeben hat“. Gleichwohl müsse man „solch eine urdemokratische Form der Abstimmung zur Kenntnis nehmen“, sagt der Altoberbürgermeister. „Dennoch halte ich die Abstimmung für ein völlig falsches Zeichen in einem zusammenwachsenden Europa.“ Ihm sei „eine Moschee mit Minaretten, die in den Inhalten offen und transparent ist, lieber als ein schönes schweizer Chalet mit einem militanten, fundamentalistischen Islamismus“.

Die Moschee in Ehrenfeld, ein vom Kirchenbaumeister Paul Böhm entworfener moderner Kuppelbau, wird zwei 55 Meter hohe Minarette haben.

Bekir Alboga, Dialogbeauftragter des Bauherrn Ditib, nimmt den schweizer Volksentscheid zum Anlass, erneut die rechtliche Gleichstellung des Islam mit anderen Religionen zu fordern. „Wer heute tatenlos zusieht, stimmt der Islamfeindlichkeit der rechtspopulistischen Fundamentalisten auf europäischem Boden zu.“ Begriffe wie Islamismus oder islamischer Terrorismus, derer sich auch die Medien zu schnell und ungerechtfertigt bedienen würden, zementierten in der öffentlichen Wahrnehmung ein Bild vom Islam und den Muslimen, „das dann, wie im Falle der Schweiz zum Feindbild aufzubauen nicht mehr schwer ist“.

Die deutsche Politik solle Farbe bekennen und die Entscheidung zu einem Minarettverbot in der Schweiz öffentlich verurteilen, fordert Erol Pürlü vom in Köln ansässigen Verband der islamischen Kulturzentren.

Der Ehrenfelder Bezirksbürgermeister Josef Wirges, der wie viele andere für den Bau der Moschee auf die Straße gegangen ist, hofft, dass die Volksabstimmung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gekippt wird. Mittels Baurecht sei es „unverschämterweise“ gelungen, das Minarett als Symbol der islamischen Religion als „Zeichen für Zwangsheirat und mangelndem Integrationswillen umzudeuten“, sagt der SPD-Politiker.

Die Moschee in Ehrenfeld soll in zwei Jahren eröffnet werden.

(mit rtr, dpa)

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1256137093626>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.